



Vielen Dank!

Liebe_r Unterstützer_in,

2019 hat sich die Situation für die Menschenrechte weltweit nicht verbessert. Aus mehreren Ländern erreichten uns Anfragen nach Schutzbegleitung, vor allem aus Lateinamerika. Immer wieder merken wir, dass wir nicht alle Anfragen positiv beantworten können, dies ist überwiegend auf Zeit-, Geld- und Personalkapazitäten zurückzuführen. Die Anfragen zeigen uns auch, wie wichtig unsere Arbeit und wie hoch der Bedarf der Begleitung von Menschenrechtsverteidiger_innen weltweit ist. Eine Übersicht über die Arbeit in den Projekten in Kolumbien, Guatemala, Honduras, Mexiko, Kenia, Nepal und Indonesien im Jahr 2019 können Sie auf den folgenden Seiten lesen. Wir werden auch 2020 alles daran setzen, Menschenrechtsverteidiger_innen zu unterstützen.

Aus der Hamburger Geschäftsstelle positiv zu berichten ist, dass Shirley Mendoza, Menschenrechtsverteidigerin aus Honduras, ein Jahr bei uns arbeiten konnte. Durch die gelungene Integration im pbi-Bildungsprojekt konnte Shirley in vielen Workshops die Situation von Menschenrechtsverteidiger_innen direkt vermitteln. Für diesen bereichernden Austausch waren die Workshopteilnehmer_innen und wir sehr dankbar.

Unser größter Dank gilt selbstverständlich Ihnen. Ihre Unterstützung macht unsere Arbeit erst möglich. Wir wünschen Ihnen sowie allen Menschenrechtsverteidiger_innen ein friedliches Jahr 2020.

Herzliche Grüße,

Alex Klüken, Koordinator pbi Deutschland

Guatemala

► Das vergangene Jahr war gekennzeichnet von staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen. Die ländliche und vor allem indigene Bevölkerung, die sich gegen Großprojekte im Bereich Bergbau und Energiewirtschaft wehrt, ist von starker Kriminalisierung und der Delegitimierung ihres Protests betroffen.

Anfang September wurde der Ausnahmezustand in 22 Landkreisen verhängt. Der Tod dreier Soldaten diente der Regierung als Rechtfertigung, um Grundrechte einzuschränken und massiv Militär in die Regionen zu senden. In diesen Gebieten im Osten des Landes gibt es viele Widerstände gegen Bergbauminen und andere Megaprojekte. Seit Jahren nehmen die Konflikte um Megaprojekte an Intensität zu. Die von pbi begleitete Widerstandsgruppe Cahabón reichte nur wenige Tage vor den Geschehnissen Beschwerde gegen den Bau eines Wasserkraftwerkes ein, das ohne die Konsultation der indigenen Bevölkerung errichtet werden soll. Es ist offensichtlich, dass es hier um die Einschüchterung friedlichen Widerstandes gegen solche Megaprojekte gehen soll.

Kolumbien

► 2019 war ein schwieriges Jahr für die Menschenrechte in Kolumbien. Im März erhob Präsident Iván Duque Einwände gegen die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden. Die Gründung dieser Institution war in den Friedensverträgen mit der FARC vereinbart worden, um die in dem Konflikt begangenen Verbrechen aufzuklären. Der Kongress wies die Einwände zurück und beschloss den gesetzlichen Rahmen in der ursprünglichen Form. Die schwierigen Bedingungen für einen Frieden haben sich auch in der Gewalt gegenüber Menschenrechtsverteidiger_innen gezeigt. So wurden mindestens 107 von ihnen im Laufe des Jahres ermordet. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik der Regierung und dieser Gewalt wurde ab November deutlich, als im

ganzen Land die Menschen in wochenlangen Protesten auf die Straße gingen. Darüber hinaus hat pbi im letzten Jahr sein 25-jähriges Jubiläum in Kolumbien begangen. Zusammen mit begleiteten Organisationen wurde an die vielen schwierigen Momente, die diese in dieser Zeit erleben mussten, aber auch an die kleinen und großen Erfolge der Schutzbegleitung erinnert. Mit Blick auf die aktuelle politische Lage im Land haben die begleiteten Personen immer wieder betont, wie wichtig die Präsenz von pbi auch weiterhin ist.

Mexiko

► 2019 konnte als Bewährungsprobe für die Regierung unter Präsident Andrés Manuel López Obrador gesehen werden. Nach einem Jahr im Amt haben sich trotz positiver Impulse in einigen Bereichen viele der Hoffnungen, die die Zivilgesellschaft in die neue Regierung gesetzt hatte, nicht erfüllt.

Nach der Ankunft der „Karawanen“ von Migrant_innen aus Zentralamerika zu Jahresbeginn wurden kurzfristig über 14.000 humanitäre Visa vergeben. Die Anzahl vergebener Visa brach jedoch schnell ein und wurde durch repressive Maßnahmen ersetzt, vorangetrieben auch durch das Abkommen mit den USA vom Juni letzten Jahres. Das CERD (Committee on the Elimination of Racial Discrimination - Komitee zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung der UN) kritisiert den Einsatz der neu geschaffenen Guardia Nacional zur Migrationskontrolle. Von Seiten zivilgesellschaftlicher Organisationen wird der Regierung vorgeworfen, sie setze mit der Guardia Nacional die Militarisierung der Sicherheitspolitik fort.

Neue Gesetze schränken die Versammlungsfreiheit ein und ermöglichen es, sozialen Protest zu kriminalisieren. Dies hat auch Auswirkungen auf den Handlungsspielraum von Menschenrechtsverteidiger_innen, die sich auch in 2019 zahlreichen Risiken ausgesetzt sahen. 2019 wurden 23 Menschenrechtsverteidiger_innen ermordet, obwohl sie zum Teil Begünstigte des nationalen Schutzmechanismus waren.



Aktivist_innen in Honduras bei einer Kundgebung, um auf das Problem des Verschwindenlassens aufmerksam zu machen.

Honduras

► Im Zuge der Wahl 2017 nahm die Anzahl von Angriffen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen gravierend zu. In den ersten zwei Monaten nach der Wahl wurden 35 Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen gezählt. Die meisten Angriffe lassen sich mit den nationalen Sicherheitskräften in Verbindung bringen. Journalist_innen, die über Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Wahlbetrug berichten, sind noch immer tagtäglich Verleumdungen, Angriffen und Todesdrohungen ausgesetzt, die nur selten juristisch aufgearbeitet werden.

Gleichzeitig verschlechtert sich auch die Sicherheitslage von Menschenrechtsverteidiger_innen, vor allem die der Menschenrechtsanwält_innen, der Landrechts- und LGBTIQA+-Aktivist_innen. Angesichts dieser Entwicklungen nahm pbi 2019 beim UN-Menschenrechtsrat zur Situation in Honduras Stellung. pbi betonte die dramatische Situation der Meinungsfreiheit, die Bedrohungen und Angriffe gegen Journalist_innen und die Unterdrückung friedlicher Demonstrationen.

Nepal

► Im vergangenen Jahr alarmierte insbesondere ein neuer Gesetzesvorschlag zur Meinungsfreiheit zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen. Die nepalesische Regierung hat Anfang 2019 einen Gesetzesentwurf eingebracht. Dieser sieht harte Sanktionen für unzulässige Social-Media-Meldungen vor, die aus Sicht der nepalesischen Regierung beispielsweise die nationale Einheit und Interessen bedrohen.

Im vergangenen Jahr gab der NepalMonitor regelmäßig Analysen und Trendberichte zur Menschenrechtssituation heraus, in denen sie Informationen aus den unterschiedlichen Regionen veröffentlichten. So stützt sich beispielsweise der im Juli 2019 erschienene UN-Bericht zur Situation der Gewalt gegen Frauen in Nepal direkt auf Informationen aus dem NepalMonitor-Projekt. Dies zeigt erneut die Relevanz der vom Projekt erhobenen Daten.

Darüber hinaus wurden mehrere Workshops mit weiteren nepalesischen Organisationen durchgeführt.

Über pbi

► peace brigades international ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Friedens- und Menschenrechtsorganisation und seit 1981 in Konfliktregionen tätig. Internationale Teams von Freiwilligen begleiten im Rahmen ihrer Tätigkeit für pbi bedrohte Menschenrechtsverteidiger_innen. Dieses von pbi entwickelte Konzept der schützenden Begleitung der Zivilbevölkerung leistet einen unmittelbaren Beitrag zur Gewaltprävention und trägt zur Stärkung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten bei.

pbi Deutschland online



www.pbi-deutschland.de



Newsletter abonnieren

In den sozialen Medien

@pbiDeutschland

@pbiDeutschland

@pbideutschland

Impressum

- **Herausgeber:** peace brigades international – Deutscher Zweig e.V., Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
Tel. 040 - 3 89 04 37 - 0 | Fax 040 - 3 89 04 37 - 29
www.pbi-deutschland.de | info@pbi-deutschland.de
- **Redaktion und Text:** Alexander Weber, Jakob Rieder, Stefan Eikenbusch (V.i.S.d.P.)
- **Stand:** Januar 2020

Indonesien

► Auch in 2019 war die Menschenrechtslage in Papua äußerst angespannt. Insbesondere die zweite Jahreshälfte war von massiven Protesten geprägt. Sie erfolgten als Reaktion auf rassistische Diskriminierung und Angriffe von Sicherheitskräften auf papuanische Student_innen. Die Demonstrant_innen forderten politische Selbstbestimmung und kritisierten, dass Papuas in Indonesien als „Bürger_innen zweiter Klasse“ behandelt werden. Die Regierung entsandte zusätzliche Sicherheitskräfte in die Regionen und blockierte im August 2019 das Internet in den Provinzen Papua und Papua Barat für über eine Woche. Dadurch wurde die Verbreitung von Informationen über soziale Medien verhindert und die Berichterstattung der Medien über die aktuelle Situation in Westpapua behindert.

Trotz der angespannten Sicherheitssituation war es dem Projekt auch 2019 möglich, mehrere Workshops zu Themen wie Menschenrechtsbeobachtung, Advocacyarbeit, Sicherheitsmanagement, Frauenrechte und LGBTIQ+ anzubieten.

Kenia

► Das pbi-Keniaprojekt ist weiterhin in engem Kontakt mit Organisationen, die zum Thema außergerichtliche Tötungen arbeiten. Leider sind diese, insbesondere in den urbanen Siedlungen von Nairobi, der Hauptstadt Kenias, weiterhin an der Tagesordnung. Zwischen August und Oktober wurden mit den Mitarbeiter_innen des UMKU-Projekts (Ushirikiano Mwema kwa Usalama – Gute Partnerschaft für Sicherheit), einem Projektpartner von pbi Kenia, eine Reihe praxisnaher Workshops rund um das Thema Risikomanagement durchgeführt. Dabei wurden sowohl Aspekte der eigenen Sicherheit beim Dokumentieren außergerichtlicher Hinrichtungen als auch der psychosozialen Gesundheit berücksichtigt.

Ein weiterer Fokus des Projekts liegt auf der Unterstützung eines Netzwerkes von Frauenrechtsverteidiger_innen. Das Netzwerk hat im Januar 2020 eine Kampagne erarbeitet, die über das ganze Jahr auf die Verletzung von Frauenrechten aufmerksam machen soll.

pbi Deutschland

► 2019 war für pbi Deutschland ein ereignisreiches Jahr. Im Frühjahr waren Miriam Miranda aus Honduras und Lesbia Artola aus Guatemala zu Besuch in Deutschland. Im Rahmen der Romerotage berichteten sie über ihre Arbeit als Landrechtsverteidigerinnen.

Das Menschenrechtsfestival „Human Rights on the Move!“ wurde 2019 zum zweiten Mal unter dem gleichen Namen als Tagung zum Thema Menschenrechtsverteidigung im Globalen Norden in Kooperation mit dem Lernort KulturKapelle veranstaltet.

Das Engagement der Trans*aktivistin Shirley Mendoza auf den Fachtagen des Norddeutschen Netzwerks für Friedenspädagogik im Februar 2019 führte zu neuen Impulsen und der Erarbeitung einer neuen Workshopreihe, aus der die Veröffentlichung unserer neuen Broschüre „Trans*phobie und Flucht“ entstand.

Im November stand das 20-jährige Jubiläum des Zivilen Friedensdienstes im Zentrum unserer Arbeit. Mit der Kampagne „Frieden kann“ wurden Beispiele für eine erfolgreiche Friedensarbeit öffentlich sichtbar.

In Hamburg, Köln und Berlin fanden jeweils Informationsveranstaltungen statt, bei denen Interessierte an einem Freiwilligeneinsatz oder ehrenamtlichem Engagement mehr über die Arbeit von pbi erfahren haben.

Finanzen

► Der Jahresabschluss 2019 steht noch aus, momentan ist aber absehbar, dass rund 1,9 Mio. € Fördermittel und Spenden eingeworben wurden. Davon wurden 1,37 Mio. € an die pbi-Projekte im Ausland weitergeleitet. Wie im vergangenen Jahr zeichnen sich für Aktivitäten in Deutschland inklusive des pbi-Bildungsprojekts Ausgaben in Höhe von rund 560.000 € ab. Die endgültigen Zahlen können Sie dem Jahresbericht auf unserer Website entnehmen, sobald diese geprüft sind.

Ausblick 2020

► Auch in diesem Jahr werden wir mit einer Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen, Besuchen von begleiteten Menschenrechtsverteidiger_innen und politischer Arbeit versuchen, Menschenrechtsverteidiger_innen zu schützen und ins Zentrum unserer Arbeit stellen. So wird uns beispielsweise im April der guatemaltekeische Anwalt Edgar Pérez Archila besuchen, der einer der wenigen Anwalt_innen ist, die im Bürgerkrieg (1960-1996) begangene Menschenrechtsverletzungen aufzuklären versuchen.

Nach der erfolgreichen Veröffentlichung der Workshopreihe und der Broschüre des pbi-Bildungsprojekts, wird das Thema „Menschenrechte für eine Globale Zukunft – Vulnerabilität, Intersektionalität und solidarisches Handeln in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ auch in diesem Jahr einen zentralen Teil unserer Bildungsarbeit einnehmen.

Ihre Unterstützung ermöglicht es uns, bedrohte Menschenrechtsverteidiger_innen zu schützen! Eine große Hilfe ist es, wenn Sie in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis von unserer Arbeit erzählen. Sie können uns auch unterstützen, indem Sie

- in einer Arbeits- oder Regionalgruppe mitarbeiten
- eine Veranstaltung von pbi besuchen oder eine_n Referent_in zu einem Vortrag einladen
- uns weiterhin mit einer Spende unterstützen
- bei einem Geburtstag statt um Geschenke um Spenden bitten
- Ihre Kirchengemeinde um eine Kollekte für pbi bitten

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website:

www.pbi-deutschland.de



Teilnehmer_innen der Human Rights on the Move!-Tagung

peace brigades international

Spendenbrief 2020



► pbi-deutschland.de

pbi
making space for peace